

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu der Vereinbarung vom 19. Dezember 1995

zur Durchführung des Abkommens vom 8. Dezember 1990

**zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
über Soziale Sicherheit**

A. Zielsetzung

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit erforderlichen Bestimmungen.

B. Lösung

Die Vereinbarung enthält insbesondere Bestimmungen über die gegenseitige Amtshilfe der deutschen und polnischen Stellen, die gegenseitige Übermittlung von Angaben, die Verwendung von Bescheinigungen und das Verfahren bezüglich Erstattungen und Zahlungen durch einen Versicherungsträger in das Gebiet des anderen Vertragsstaats. Die Vereinbarung gibt den beiderseitigen Verbindungsstellen die Möglichkeit, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu vereinbaren.

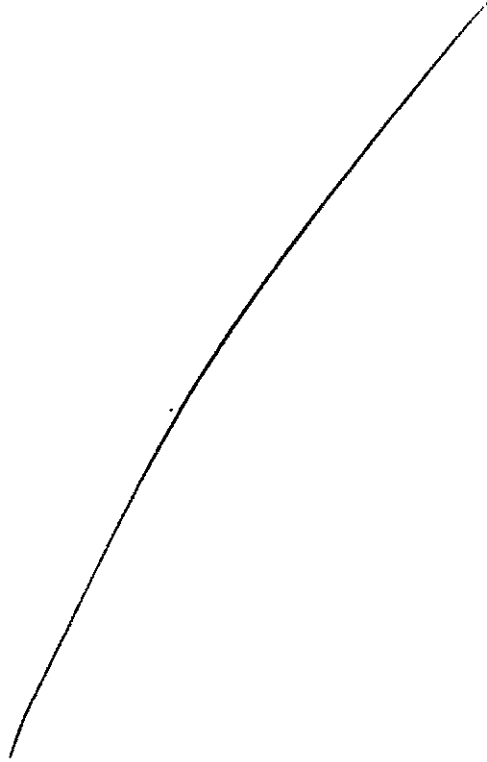
C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Fristablauf: 06. 03. 98



23. 01. 98

AS – G

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu der Vereinbarung vom 19. Dezember 1995
zur Durchführung des Abkommens vom 8. Dezember 1990
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
über Soziale Sicherheit

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (311) – 806 06 – Ab 33/98

Bonn, den 23. Januar 1998

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

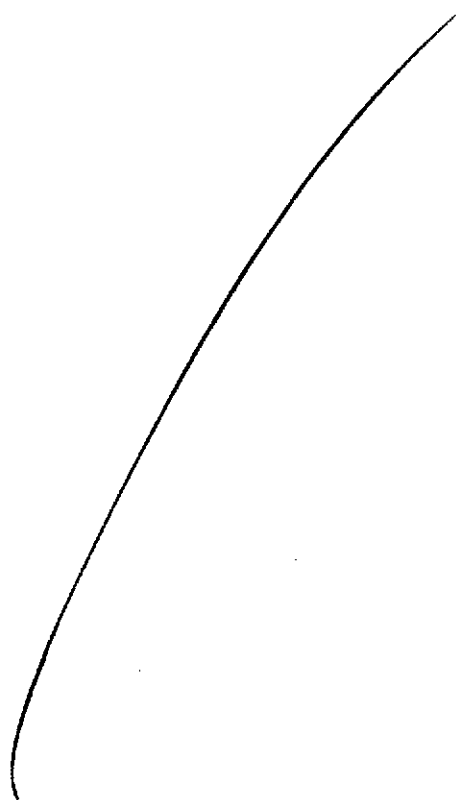
Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 19. Dezember 1995 zur Durchführung des Abkommens vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 06. 03. 98



-4-

Entwurf

Gesetz

**zu der Vereinbarung vom 19. Dezember 1995
zur Durchführung des Abkommens vom 8. Dezember 1990
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
über Soziale Sicherheit**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Bonn am 19. Dezember 1995 unterzeichneten Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit (BGBl. 1991 II S. 741) und dem Notenwechsel vom 17. September 1996/23. Oktober 1997 wird zugestimmt. Die Vereinbarung und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 9 sowie der Notenwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Vereinbarung und den Notenwechsel vom 17. September 1996/23. Oktober 1997 findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit der Vereinbarung das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Vereinbarung nach Artikel 9 sowie der Notenwechsel in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Mehrkosten bei Personalausgaben und sächlichen Verwaltungsausgaben treten nicht ein, weil das Gesetz in Verbindung mit der Vereinbarung lediglich die zur Anwendung des Abkommens vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit erforderlichen Bestimmungen enthält.

Für die Wirtschaft entstehen keine Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind vor diesem Hintergrund nicht zu erwarten.

**Vereinbarung
zur Durchführung des Abkommens vom 8. Dezember 1990
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
über Soziale Sicherheit**

**Porozumienie
o wykonywaniu Umowy zawartej
między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską
o zabezpieczeniu społecznym z dnia 8 grudnia 1990 roku**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Polen –

Rząd Republiki Federalnej Niemiec
i
Rząd Rzeczypospolitej Polskiej,

auf der Grundlage des Artikels 21 Absatz 1 des Abkommens vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit, im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

na podstawie artykułu 21 ustęp 1 Umowy z dnia 8 grudnia 1990 r. zawartej między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o zabezpieczeniu społecznym, zwanej dalej „Umową” –

haben folgendes vereinbart:

uzgodniły, co następuje:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In den folgenden Bestimmungen werden die im Abkommen enthaltenen Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

Den nach Artikel 21 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3

Die in Artikel 21 Absätze 2 und 3 des Abkommens bezeichneten Stellen vereinbaren unbeschadet des Artikels 21 Absatz 1 des Abkommens sowie der in dieser Vereinbarung getroffenen Regelungen unter Beteiligung der zuständigen Behörden für ihren Zuständigkeitsbereich die Verwaltungsmaßnahmen, die zur Durchführung des Abkommens notwendig und zweckmäßig sind, einschließlich des Verfahrens bezüglich Erstattungen sowie der Zahlung von Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des

Część I

Postanowienia ogólne

Artykuł 1

W poniższych postanowieniach stosowane będą pojęcia zawarte w Umowie, zgodne z ich znaczeniem określonym w Umowie.

Artykuł 2

Powołane na mocy artykułu 21 ustęp 2 Umowy instytucje łącznikowe są zobowiązane w ramach swoich kompetencji do udzielania ogólnych wyjaśnień osobom zainteresowanym o prawach i obowiązkach wynikających z Umowy.

Artykuł 3

Instytucje wymienione w artykule 21 ustępy 2 i 3 Umowy, nie naruszając artykułu 21 ustęp 1 Umowy jak i uregulowań zawartych w niniejszym porozumieniu, przy udziale właściwych władz uzgadniają właściwe dla zakresu ich kompetencji środki administracyjne, jakie są niezbędne i celowe dla wykonywania Umowy, włącznie z postępowaniem w sprawie zwrotów jak i dokonywania płatności świadczeń pieniężnych odbiorcom na terytorium drugiego państwa Umowy. Instytucje te zobligowane

anderen Vertragsstaats. Ihnen obliegt es ferner, außer den in dieser Vereinbarung festgelegten Aufgaben alle sonstigen zur Erleichterung der Durchführung des Abkommens erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, insbesondere Verwaltungshilfe zu leisten und zu vermitteln, Formblätter festzulegen sowie Merkblätter zur Verfügung zu stellen.

Artikel 4

(1) Die in Artikel 21 Absätze 2 und 3 und in Artikel 22 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und zur Erfüllung der Pflichten erforderlich sind, die sich aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie dem Abkommen und dieser Vereinbarung ergeben.

(2) Hat eine Person nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats oder nach dessen Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

Artikel 5

(1) Geldleistungen einschließlich Renten nach den Absätzen 2 bis 5, die von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person im anderen Vertragsstaat zu zahlen sind, werden in der Währung des ersten Vertragsstaats erbracht. Solange die polnische Währung nach außen hin nicht konvertierbar ist, zahlt der polnische Träger den Gegenwert seiner Leistung in Deutscher Mark entsprechend dem am Tage des Transfers geltenden Umrechnungskurs der beauftragten Bank.

(2) Geldleistungen der Kranken- und Unfallversicherung mit Ausnahme von Renten werden an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats unmittelbar ohne Einschaltung der Verbindungsstelle dieses Vertragsstaats gezahlt.

(3) Soweit Geldleistungen der Kranken- und der Unfallversicherung mit Ausnahme von Renten nach polnischen Rechtsvorschriften vom Betrieb zu erbringen sind, sind diese von ihm an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats unmittelbar zu transferieren.

(4) Renten der Unfallversicherung werden an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats über die Verbindungsstellen gezahlt.

(5) Geldleistungen aus der Altersversorgung nach den polnischen Rechtsvorschriften werden an Empfänger im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland über den deutschen zuständigen Träger und Geldleistungen der Rentenversicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften an Empfänger im Hoheitsgebiet der Republik Polen unmittelbar ohne Einschaltung der polnischen Verbindungsstelle gezahlt.

(6) Fristen und Verfahren des Transfers von Renten und Geldleistungen nach den Absätzen 4 und 5 regeln die in diesen Absätzen genannten Stellen.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung

Artikel 6

(1) Der Anspruch auf Sachleistungen nach Artikel 6 des Abkommens ist dem Träger des Aufenthalts- oder Wohnorts durch eine

są również, poza zadaniami określonymi w niniejszym porozumieniu, do podejmowania wszelkich wymaganych działań administracyjnych służących ułatwieniu w wykonywaniu Umowy, w szczególności świadczenia i pośredniczenia w udzielaniu pomocy administracyjnej, określania formularzy jak i przedstawiania do dyspozycji materiałów informacyjnych.

Artykuł 4

1. Instytucje wymienione w artykule 21 ustępach 2 i 3 i w artykule 22 Umowy winny w ramach swoich kompetencji informować się wzajemnie jak i zainteresowane osoby o faktach jak i udostępniać środki dowodowe, jakie niezbędne są dla zabezpieczenia praw i wypełnienia obowiązków wynikających z przepisów prawnych określonych w artykule 2 ustęp 1 Umowy, jak i wynikających z samej Umowy i niniejszego porozumienia.

2. Jeżeli dana osoba w myśl przepisów określonych w artykule 2 ustęp 1, w myśl samej Umowy lub też niniejszego porozumienia jest zobowiązana do poinformowania instytucji lub innej jednostki o określonych faktach, to obowiązek ten dotyczy również odpowiednich faktów jakie powstają na terytorium drugiego państwa Umowy lub które wynikają z jego przepisów prawnych. Obowiązuje to również tak długo, jak dana osoba obowiązana jest do udostępniania określonych środków dowodowych.

Artykuł 5

1. Świadczenia pieniężne włącznie z emeryturami i rentami w myśl ustępów od 2 do 5, jakie podlegają wypłacie przez instytucję jednego z państw Umowy osobie w drugim państwie Umowy, wypłacane będą w walucie pierwszego państwa Umowy. Tak długo, jak waluta polska nie będzie zewnętrznie wymienialna, instytucja polska wypłaca równowartość własnych świadczeń w markach niemieckich stosownie do kursu wymiany upoważnionego banku obowiązującego w dniu dokonywania transferu.

2. Świadczenia pieniężne z tytułu ubezpieczenia chorobowego i wypadkowego za wyjątkiem rent, wypłacane będą odbiorcom na terytorium drugiego państwa Umowy bezpośrednio bez włączania instytucji łącznikowej tego państwa Umowy.

3. Jeżeli świadczenia pieniężne z tytułu ubezpieczenia chorobowego i wypadkowego, za wyjątkiem rent, winny być w myśl polskich przepisów prawnych udzielane przez zakład pracy, to podlegają one transferowi przez ten zakład bezpośrednio do odbiorcy na terytorium drugiego państwa Umowy.

4. Renty z ubezpieczenia wypadkowego wypłacane będą odbiorcom na terytorium drugiego państwa Umowy za pośrednictwem instytucji łącznikowych.

5. Świadczenia pieniężne z zaopatrzenia emerytalnego według polskich przepisów prawnych wypłacane będą odbiorcom na terytorium Republiki Federalnej Niemiec za pośrednictwem właściwych instytucji niemieckich, natomiast świadczenia pieniężne z ubezpieczenia rentowego w myśl niemieckich przepisów prawnych wypłacane będą odbiorcom na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej bezpośrednio bez włączania polskiej instytucji łącznikowej.

6. Terminy i tryb dokonywania transferu emerytur, rent i świadczeń pieniężnych stosownie do ustępów 4 i 5 regulują między sobą wymienione w tych ustępach jednostki.

Część II

Postanowienia szczegółowe

Rozdział 1

Ubezpieczenie chorobowe

Artykuł 6

1. Uprawnienia do świadczeń rzeczowych w myśl artykułu 6 Umowy udowadnia się przedstawiając w instytucji miejsca

Bescheinigung nachzuweisen. Diese ist den berechtigten Personen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften auszustellen. Weitere Einzelheiten, die mit dem Verfahren in bezug auf den Nachweis für einen Anspruch auf Leistungen verbunden sind, können die Verbindungsstellen vereinbaren.

(2) Sofort benötigte Leistungen im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 des Abkommens sind solche Leistungen, deren Erbringung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betroffenen Person zu gefährden. Die Beurteilung des behandelnden Arztes hierüber ist bindend.

(3) Bei Inanspruchnahme von Krankenhauspflege in Deutschland kann der zuständige polnische Träger sich unmittelbar mit dem Krankenhaus, in dem die betreffende Person sich aufhält, in Verbindung setzen, um zu erfragen, ob der Gesundheitszustand dieser Person einen Rücktransport zuläßt. Der Krankenhausarzt ist insoweit zur Auskunft verpflichtet. Die Beurteilung des Krankenhausarztes über die Möglichkeit des Rücktransports ist für den polnischen Träger bindend. Ein Rücktransport wird von dem zuständigen polnischen Träger organisiert und bezahlt. Ist wegen Weigerung des Patienten ein Rücktransport nicht durchführbar, erstattet der zuständige polnische Träger weiter die dem deutschen Träger entstehenden Kosten.

(4) Bei Anwendung des Artikels 6 Absatz 1 Nummer 3 des Abkommens haben die dort genannten Familienangehörigen von Grenzgängern oder von sonstigen Arbeitnehmern, wenn sie sich vorübergehend im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten, nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats keine Ansprüche auf Leistungen.

(5) Die Feststellung und Begleichung der Forderungen nach Artikel 9 Absätze 1 und 2 des Abkommens erfolgt in der Währung des Staates des forderungsberechtigten Trägers. Solange die polnische Währung nach außen hin nicht konvertierbar ist, bleiben abweichende Regelungen in einer Vereinbarung nach Artikel 9 Absatz 2 des Abkommens unberührt.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 7

(1) Zum Bezug von Sachleistungen nach Artikel 13 des Abkommens hat der Berechtigte dem Träger des Aufenthaltsorts oder dem Träger des gewöhnlichen Aufenthaltsorts eine Bescheinigung vorzulegen.

(2) Für die Anzeige des Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Versicherung besteht.

(3) Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet. Er unterrichtet dann unverzüglich den Träger des Aufenthaltsorts. Die Anzeige kann auch diesem erstattet werden. Er übersendet die Anzeige unverzüglich dem zuständigen Träger.

(4) Artikel 6 Absatz 3 gilt entsprechend.

(5) Artikel 6 Absatz 5 gilt entsprechend für die Festsetzung und Begleichung der Forderungen nach Artikel 15 des Abkommens.

Kapitel 3

Rentenversicherung

Artikel 8

Die in Artikel 21 Absätze 2 und 3 des Abkommens bezeichneten Träger erstellen jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, Statistiken über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

pobytu lub zamieszkania stosowne zaświadczenie. Zaświadczenie to jest wystawiane osobom uprawnionym przez właściwą instytucję zgodnie z obowiązującymi ją przepisami prawnymi. Dalsze szczegóły związane z postępowaniem w zakresie dokumentowania uprawnień do świadczeń mogą ustalać instytucje łącznikowe.

2. Świadczenia natychmiast konieczne w rozumieniu artykułu 7 ustęp 1 Umowy to także świadczenia, których udzielenie nie może być odroczone bez zagrożenia dla życia lub zdrowia osoby zainteresowanej. Opinia lekarza badającego jest tu wiążąca.

3. W przypadku korzystania z opieki szpitalnej w Niemczech, właściwa instytucja polska może kontaktować się bezpośrednio ze szpitalem, w którym dana osoba przebywa, celem zapytania czy stan zdrowia tej osoby dopuszcza transport powrotny. Lekarz szpitalny jest zobowiązany do udzielania informacji w tym zakresie. Opinia lekarza szpitalnego o możliwości transportu powrotnego jest dla instytucji polskiej wiążąca. Transport powrotny będzie organizowany i opłacany przez właściwą instytucję polską. Jeżeli z powodu odmowy pacjenta transport powrotny nie jest możliwy do przeprowadzenia, właściwa instytucja polska zwraca dalej instytucji niemieckiej powstające koszty.

4. Przy stosowaniu artykułu 6 ustęp 1 punkt 3 Umowy wymienieni tam członkowie rodzin pracowników przygranicznych lub innych pracowników, gdy czasowo przebywają na terytorium drugiego państwa Umowy, w myśl przepisów prawnych tego państwa Umowy nie posiadają uprawnień do świadczeń.

5. Ustalanie i regulowanie należności w myśl artykułu 9 ustępy 1 i 2 Umowy następuje w walucie państwa instytucji uprawnionej do tych należności. Tak długo, jak waluta polska nie jest zewnętrznie wymienialną, pozostają nienaruszone odmiennie uregulowania określone w porozumieniu zawartym na podstawie artykułu 9 ustęp 2 Umowy.

Rozdział 2

Ubezpieczenie wypadkowe

Artykuł 7

1. Dla pobierania świadczeń rzeczowych w myśl artykułu 13 Umowy uprawniony winien przedłożyć zaświadczenie w instytucji miejsca pobytu lub instytucji miejsca zwykłego pobytu.

2. Przy zgłaszaniu wypadku przy pracy (choroby zawodowej) obowiązują przepisy prawne tego państwa Umowy, na podstawie których istnieje ubezpieczenie.

3. Zgłoszenia dokonuje się we właściwej instytucji. Instytucja ta informuje o tym niezwłocznie instytucję miejsca pobytu. Zgłoszenie takie może być dokonane również w tejże instytucji. Ta zaś niezwłocznie przesyła zgłoszenie właściwej instytucji.

4. Artykuł 6 ustęp 3 stosuje się odpowiednio.

5. Artykuł 6 ustęp 5 stosuje się odpowiednio przy ustalaniu i regulowaniu należności w myśl artykułu 15 Umowy.

Rozdział 3

Ubezpieczenie rentowe

Artykuł 8

Instytucje określone w artykule 21 ustępach 2 i 3 Umowy corocznie sporządzają każdorazowo według stanu na 31 grudnia, statystyki o dokonanych na terytorium drugiego państwa Umowy płatnościach. Dane te winny w miarę możliwości obejmować liczbę i łączną kwotę wypłat z podziałem na rodzaje świadczeń i odszkodowań. Statystyki te będą wymieniane.

Abschnitt III
Schlußbestimmungen

Artikel 9

Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Sie ist von dem Tage des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden.

Geschehen zu Bonn am 19. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Część III
Postanowienia końcowe

Artykuł 9

Porozumienie niniejsze wchodzi w życie w dniu, w którym obydwa państwa Umowy zawiadomią się wzajemnie, że spełnione zostały wewnętrzpaństwowe przesłanki dla wejścia w życie. Porozumienie stosuje się od dnia wejścia w życie Umowy.

Sporządzono w Bonn dnia 19. grudnia 1995 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za Rząd Republiki Federalnej Niemiec
Hans-Dieter Scheel
R. Kraus

Für die Regierung der Republik Polen
Za Rząd Rzeczypospolitej Polskiej
Nawacki

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland

Warschau, den 17. September 1996

VN-Nr. 462/96

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die Vereinbarung vom 19. Dezember 1995 zur Durchführung des Abkommens vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit folgendes zur Ergänzung der genannten Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Soweit aufgrund des Abkommens vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit und der Vereinbarung vom 19. Dezember 1995 zur Durchführung des genannten Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:
 - a) Die Daten dürfen für die Durchführung des Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Der Empfängerstaat darf sie für diese Zwecke verarbeiten und nutzen. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Verwendung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfängerstaats zulässig, wenn dies Zwecken der Sozialen Sicherheit einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Im übrigen darf die Weiterübermittlung an andere Stellen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stellen erfolgen.
 - b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen in Einzelfällen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
 - c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Staates nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung vorzunehmen.
 - d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, von dessen Stelle die Auskunft begehrt wird.
 - e) Hat eine Stelle des einen Vertragsstaats personenbezogene Daten auf Grund des Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle des anderen Vertragsstaats sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
 - f) Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, daß durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der Sozialen Sicherheit beeinträchtigt werden.
 - g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten festzuhalten.
 - h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, personenbezogene Daten, die übermittelt werden, wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
2. Die Vorschriften der Nummer 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.
3. Diese Vereinbarung wird in deutscher und polnischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Polen mit den unter Nummern 1 bis 3 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Zusatzvereinbarung zu der Vereinbarung vom 19. Dezember 1995 zur Durchführung des Abkommens vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zwischen unseren Regierungen bilden. Diese Zusatzvereinbarung tritt an dem selben Tag in Kraft, an dem die Vereinbarung vom 19. Dezember 1995 zur Durchführung des Abkommens vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen in Kraft tritt.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlaß, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An das
Ministerium für
Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Polen
Warschau

Ministerium für
Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Polen

(Übersetzung)
Warschau, den 23. Oktober 1997

Verbalnote

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen beehrt sich, den Empfang der Note der Botschaft Nr. 462/97 vom 17. September 1996 mit folgendem Wortlaut zu bestätigen:

(Es folgt der Text der deutschen Note vom 17. September 1996.)

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen beehrt sich mitzuteilen, daß die Regierung der Republik Polen einverstanden ist, daß die obengenannte Note der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland und diese Antwortnote eine Zusatzvereinbarung zu der Vereinbarung vom 19. Dezember 1995 zur Durchführung des Abkommens vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit bilden, die an dem selben Tag in Kraft tritt, an dem die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen in Kraft tritt.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Bundesrepublik Deutschland
Warschau

Denkschrift zur Vereinbarung

A. Allgemeines

Die Durchführungsvereinbarung enthält das Abkommen ergänzende und die zu seiner Anwendung erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen vor allem Anzeige- und Mitteilungspflichten der Versicherungsträger beider Staaten, das Ausstellen und die Verwendung von Bescheinigungen sowie Einzelheiten bezüglich Erstattungen und bei Zahlungen in den anderen Vertragsstaat.

B. Besonderes

Nach den Artikeln 2 und 3 werden die Verbindungsstellen und einzelne Träger der Rentenversicherung ermächtigt, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu treffen.

Artikel 4 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und Verbindungsstellen und schreibt – auch gegenüber den betroffenen Personen – die Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 5 enthält Regelungen über das Verfahren der Zahlung von Geldleistungen und Renten in das Gebiet des anderen Vertragsstaats.

Artikel 6 enthält Bestimmungen für das Verfahren bei Inanspruchnahme von Sachleistungen der Krankenversicherung im anderen Vertragsstaat sowie der Erstattung der dadurch angefallenen Kosten.

Absatz 2 enthält eine Klarstellung in bezug auf sofort benötigte Sachleistungen bei der Inanspruchnahme im anderen Vertragsstaat.

Absatz 4 stellt in Übereinstimmung mit der bisherigen Auslegung des Artikels 6 Abs. 1 Nr. 3 des Abkommens klar, daß die dort genannten Familienangehörigen bei vorübergehendem Aufenthalt im anderen Vertragsstaat keine Sachleistungen nach dem Abkommen in Anspruch nehmen können.

Artikel 7 enthält die besonderen Vorschriften für die Unfallversicherung.

Artikel 8 sieht für die Rentenversicherung den Austausch von Statistiken vor.

Artikel 9 enthält die üblichen Schlußbestimmungen.

Die Vereinbarung wird durch einen Notenwechsel zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen ergänzt.

06.03.98

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 19. Dezember 1995 zur Durchführung des Abkommens vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit

Der Bundesrat hat in seiner 722. Sitzung am 6. März 1998 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf Einwendungen nicht zu erheben.